

Mitglied des Deutschen Bundestages Platz der Republik 1, 11011 Berlin

> Telefon 030 / 227 - 71 035 Fax 030 / 227 - 76 235

E-Mail: ansgar.heveling@bundestag.de

Berlin, 27.09.2019

Stärkung der politischen Partizipationsrechte

Rede zum TOP 10, 116. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages

- Es gilt das gesprochene Wort -

Ansgar Heveling (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Letzten Freitag konnte man in meinem Bundestagsbüro von
draußen den lauten Protest der Fridays-for-Future-Bewegung
hören. Egal, wie man zu Form und Inhalt der Bewegung steht,
und gleichgültig, wie man zu der Frage steht, ob dieser Protest zu
Unterrichtszeiten stattfinden muss, eins muss man schon
festhalten: Gerade Fridays for Future zeigt, dass die junge
Generation politisch engagiert ist. Gerade wenn es um ihre
Zukunft geht, mischt sie sich ein.

(Beifall der Abg. Bettina Margarethe Wiesmann (CDU/CSU))

Die Grünen fordern nun die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, damit Jugendliche mehr an politischen Entscheidungen mitwirken können. Auch wir von CDU und CSU sind immer dafür, junge Menschen für politisches Engagement, für unsere Demokratie zu begeistern.

3 S S



Mitglied des Deutschen Bundestages Platz der Republik 1, 11011 Berlin

> Telefon 030 / 227 - 71 035 Fax 030 / 227 - 76 235

E-Mail: ansgar.heveling@bundestag.de

(Norbert Müller (Potsdam) (DIE LINKE): Nur entscheiden sollen sie nicht!)

Andererseits geht es auch darum, dass Rechte und Pflichten der Bürger in einer aktiv gelebten Demokratie im Gleichklang zueinander stehen müssen. Genau auf ebendiesem Grundsatz baut unsere Rechtsordnung auf. So gilt sowohl die volle strafrechtliche Verantwortlichkeit als auch die unbeschränkte Delikts- und Geschäftsfähigkeit für jeden Bürger erst ab 18 Jahren. Wahlalter und Volljährigkeit sehen wir schon in einem inneren Zusammenhang.

Dieser fundamentale Grundsatz hat sich in den letzten
Jahrzehnten auch als erfolgreich für das gesellschaftliche und
ausgewogene Miteinander erwiesen. Die Gesellschaft hat sich
richtigerweise darauf verständigt, dass einem jungen
Erwachsenen ab einem Alter von 18 Jahren ein
vollverantwortliches Handeln mit allen Rechten, aber eben auch
allen Pflichten und mit allen Konsequenzen zugerechnet werden
sollte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Tatsache ist auch, dass das Alter bis 18 Jahre für Jugendliche doch richtigerweise auch eine Zeit ist, in der sie sich ausprobieren und Erfahrungen sammeln, eine Zeit, in der sich

3



Mitglied des Deutschen Bundestages Platz der Republik 1, 11011 Berlin

> Telefon 030 / 227 - 71 035 Fax 030 / 227 - 76 235

E-Mail: ansgar.heveling@bundestag.de

junge Menschen erst ihre Meinung bilden und hierbei zu Recht auch experimentierfreudig sind, eine Zeit also, in der auch gruppendynamische Prozesse eine größere Rolle spielen können. Das kann unter Umständen dann auch Auswirkungen auf eine differenzierte Wahlentscheidung haben. Daher halten wir als Union an der Voraussetzung der Volljährigkeit für die Teilnahme an Bundestagswahlen fest.

Nun fordern die Grünen auch, das Mindestalter für die Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative auf 16 Jahre abzusenken. Mit einer solchen Initiative können 1 Million EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten leben, die Kommission auffordern, einen bestimmten Rechtsakt vorzunehmen.

Als formales Beteiligungsrecht der EU ist dieses
Instrument damit aber dem Wahlrecht nahe, anders als es zum
Beispiel die formlose Petition an den Deutschen Bundestag ist.
Daher muss aus unserer Sicht auch hier das Gleiche wie für das
Wahlrecht gelten. Es ist für mich nicht ersichtlich, warum
Jugendliche einerseits nicht voll geschäftsfähig bzw. nicht voll
straf- und deliktsrechtlich verantwortlich sein sollen, andererseits
aber unmittelbaren Einfluss auf die europäische Gesetzgebung
nehmen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

3



Mitglied des Deutschen Bundestages Platz der Republik 1, 11011 Berlin

> Telefon 030 / 227 - 71 035 Fax 030 / 227 - 76 235

E-Mail: ansgar.heveling@bundestag.de

Mit Blick auf die Einheit der Rechtsordnung lehnen wir auch diesen Vorschlag ab.

Hat die Anknüpfung des Wahlalters an die Volljährigkeit zur Folge, dass Jugendliche rechtlos, ohne Einflussmöglichkeiten auf die demokratische Willensbildung sind? Können Jugendliche denn nur über das Wahlrecht entscheidend mehr zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen? Ganz und gar nicht. Gerade das zeigt uns eben auch die Fridays-for-Future-Bewegung in eindrucksvoller Weise. So sagte Angela Merkel vor wenigen Tagen auf dem UN-Klimagipfel, dass sie alle den Weckruf der Jugend gehört haben - ganz ohne aktives Wahlrecht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

3